



Regionalkommissarin zu Caterpillar: Überlegung für flexibleren Krisenfonds nach 2020

Das für Regionalpolitik zuständige Mitglied der Europäischen Kommission, Corina Cretu, hat am 23.03.2017 in Charleroi mit dem wallonischen Ministerpräsidenten Paul Magnette über die Auswirkungen der Schließung des Caterpillar-Werks und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region gesprochen.

gestellt wird – diesmal allerdings für über 2000 entlassene Arbeitskräfte.

Die Wallonie erhält 680 Mio. Euro aus dem Fonds für regionale Entwicklung für den Förderzeitraum 2014-2020, deren Einsatz im Wesentlichen mittel- und langfristig angelegt ist. Mit Blick auf die Krisensituation in Charleroi erklärte die Kommissarin einem Bericht der Tageszeitung „Le Soir“ zufolge, dass sie sich eine Kohäsionspolitik wünsche, die flexibler, schneller und wirksamer auf Krisen reagieren könne. Lt. Zeitungsbericht würden in der Dienststelle der Kommissarin ernsthaft Überlegungen angestellt, im künftigen EU-Finanzrahmen ab 2021 einen Fonds vorzusehen, der Regionen zügig Unterstützung in von der Globalisierung ausgelösten Krisenfällen wie der Caterpillar-Schließung bieten könne. In „Le Soir“ wird eine Summe von bis zu 500 Mio. Euro pro Jahr genannt.

Die Europäische Kommission hatte bereits im Mai 2016 vorgeschlagen, Belgien 1,8 Mio. EUR aus dem [Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung \(EGF\)](#) zu gewähren, um ehemalige Beschäftigte mehrerer Baumaschinenhersteller Caterpillar Belgium, Carwall S.A. (einem Hauptlieferanten von Fahrerhäusern für Caterpillar Belgium) und Doosan S.A. unterstützen. Mit dieser Finanzhilfe wird den entlassenen Arbeitskräften dabei geholfen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. In die Maßnahmen wurden außerdem 300 [junge Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren \(NEETs\)](#), einbezogen. Damals hatte man gehofft, dass diese Maßnahmen reichen würden. Nachdem die Unternehmensleitung entschieden hat, das Werk in Gosselies (Charleroi) endgültig zu schließen, geht man in der zuständigen Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration davon aus, dass ein weiterer Antrag an den EGF